

Eine kurze Geschichte der jüngeren Pluralismusbewegung

Wie sich insbesondere die studentischen Bewegungen für eine vielfältigere ökonomische Wissenschaft in den letzten Jahren entwickelt haben

Victoria Fattinger, Therese Guttmann

Bewegungen für eine vielfältigere Lehre und Forschung in der Ökonomie sind nicht neu. Diejenigen, mit denen wir es heute zu tun haben, unterscheiden sich aber von ihren Vorgängerinnen dadurch, was für eine breite, mediale Aufmerksamkeit ihnen zuteilwird und wie aktiv Studierende an diesen Protesten teilhaben. Die Frage ist: Wieso ist es diesmal anders? Was hat das aktuelle Momentum unter Studierenden, aber auch unter Lehrenden und in den Medien, erzeugt? Wir glauben, dass es bei den Antworten zu diesen Fragen um mehr als nur die aktuellen wirtschaftlichen und politischen Krisen geht, und wollen diesen Fragen daher im Rahmen dieses Essays nachgehen.

Die Thesen, die dieses Essay aufstellt, sind insofern zum Teil als persönliche Stellungnahmen der Autorinnen zu den Ereignissen rund um die Entwicklung der internationalen Pluralismus-Bewegung zu verstehen, wobei ein besonderer Fokus auf den deutschsprachigen Raum gelegt wird.

Neben der folgenden Nacherzählung dieser Entwicklung und einem kurzen Überblick über ältere „Wellen“ der Pluralismus-Forderungen wird im Laufe dieses Essays argumentiert werden, dass es das Zusammenspiel von vier Faktoren war, das zu dem aktuellen Gipfel in der Debatte geführt hat: (1) Die inhaltliche Kritik am ökonomischen Mainstream, die Hand in Hand geht mit der Art, wie sich die Lehre durch den Mainstream verändert hat. Diese Kritik war latent bereits vor den anderen Faktoren vorhanden, hat es aber erst in Verbindung mit (2) institutionellen Veränderungen im Bildungssystem und (3) der Wirtschaftskrise ab 2008 geschafft, den Stein ins Rollen zu bringen. Die Krise hat nicht nur inhaltlicher Kritik mehr Gehör verschafft, sondern auch zu sozioökonomischen Veränderungen innerhalb der Studierendenschaft geführt, was besonders relevant für deren Protestbereitschaft war. Schließlich war es (4) die internationale Solidarisierung von Studierenden und Lehrenden mit dem gemeinsamen Open Letter der *International Student Initiative for Pluralism in Economics* (ISIPE 2014), die dazu geführt hat, dass die Pluralismus-Bewegung ihren neuen Gipfel erreichen konnte.

Historische Perspektive

Um die jüngeren Proteste für eine plurale Ökonomie zu erörtern und um sich mit den aktuelleren Beweggründen für diese auseinanderzusetzen, ist es sinnvoll, einen kurzen historischen Bogen über die Debatte zu spannen:

Mit Hilfe ihrer zunehmenden mathematischen und statistischen Expertise waren ÖkonomInnen zur Zeit des zweiten Weltkriegs in der Lage gewesen, die Politik mit neuen Problemlösungskompetenzen zu unterstützen (Sent 2006: 83). Das verschaffte der Disziplin als solcher einerseits einen gewissen Ruf neutralen ExpertInnentums (Bernstein 1999; Morgan/Rutherford 1998) und sorgte andererseits für eine Vereinheitlichung der Wissen-

schaft, wie es sie zuvor nicht gegeben hatte. Ganz besonders in den USA war kaum an so etwas wie eine plurale Herangehensweise zu denken; in den 1960er Jahren war ein Punkt erreicht, an dem etablierte (Mainstream-)ÖkonomInnen andere Denkschulen schlicht als „unwissenschaftlich“ abtun konnten (Garnett u.a. 2010, 2).

In den 1970ern und 1980ern folgte das, was Garnett u.a. (2010: 2) die „erste Welle des Pluralismus in der zeitgenössischen Ökonomie“ nennen: Führende ForscherInnen diverser heterodoxer Denkschulen richteten sich gegen die hegemoniale Stellung des (neoklassischen) Mainstreams. Dabei waren sie allerdings kaum *aneinander* interessiert – sie waren geeint in ihrer gemeinsamen Ablehnung des Mainstreams. Sie forderten eine Abkehr von dessen Deutungshoheit und mehr Akzeptanz für ihre eigenen Denkschulen (ebd.).

Die „zweite Welle des Pluralismus“ kam in den 1990ern schon eher dem nahe, was wir heute unter Pluralismus verstehen: Angehörige verschiedener heterodoxer Denkschulen forderten einen aktiven Diskurs sowohl untereinander als auch mit der Orthodoxie bzw. dem Mainstream (Fullbrook 2009). Diese Debatte versuchten Hodgson et al. (1992) mit einer Petition für einen „new spirit of pluralism“ in der *American Economic Review* sichtbar zu machen – unterzeichnet von 44 ÖkonomInnen, darunter vier Nobelpreisträger.

Über diese Petition und die nachfolgende Institutionalisierung der Debatte zwischen unterschiedlichen ökonomischen Denkrichtungen (wie zum Beispiel durch die International Confederation of Associations for the Reform of Economics, ICARE), bahnte sich diese neue Pluralismus-Diskussion schließlich auch ihren Weg in die Studierendenschaft (Garnett 2010). An diesem Punkt setzen die weiteren Ausführungen dieses Essays an.

Kritik der Studierenden an der Lehre - eine Bestandsaufnahme

Im Zentrum der pluralen Kritik an Lehre und Forschung der Volkswirtschaftslehre (VWL), ganz allgemein über spezifische Institutionen hinweg, stehen sowohl die vom Mainstream verbreiteten Inhalte, als auch die spezielle Art der Vorherrschaft, die der ökonomische Mainstream innerhalb der Ökonomie hat. Zwar haben auch andere Sozialwissenschaften einen theoretischen Mainstream entwickelt, aber die dichotomische Auseinandersetzung zwischen Mainstream und Heterodoxie in der Ökonomie sucht in dieser Form noch ihresgleichen (Rothschild 2007). Ein Grund dafür ist etwas, das Rothschild als den „generellen Überlegenheitsanspruch“ des Mainstreams bezeichnet, die dezidierte Abgrenzung alternativen Ansätzen gegenüber (ebd.: 4). Diese Dichotomie manifestierte sich mit der Zeit auch in Studienplänen, die – mit sich zuspitzenden Machtverhältnissen zwischen Mainstream und Heterodoxie – immer enger wurden und einen klaren Fokus auf Mainstream-Inhalte setzten.

Hinzu kommt das, was im Rahmen dieses Essays als die Konstruktion einer ökonomischen Parallelwelt bezeichnet werden soll: Hier ist die einzig valide Währung die der Publikation, die mehr oder weniger wert ist je nachdem, wo sie erscheint (vgl. z.B. Glötzl/Aigner 2015). Dabei sind es einige wenige (Mainstream-)Journals, die eine Vormachtstellung innehaben und sowohl die anerkannten Methoden als auch Inhalte maßgeblich bestimmen. So sollten Forschende wahrscheinlich nach rein ökonomischen Gesichtspunkten so wenig Zeit wie möglich in die Lehre investieren, schließlich liefert diese keinen Wert im Sinne von Forschung und Publikationen (vgl. auch Glötzl et al. in diesem Kurswechsel).

Dieses Bild der Parallelwelt soll auch veranschaulichen, dass die Auseinandersetzung mit Politik und realen Politikmaßnahmen immer mehr aus dem VWL-Studium verschwindet. Empirische Methoden erhalten konkreten, realitätsnahen Inhalten gegenüber

den Vorzug wenn es um die Konstruktion von Studienplänen geht. Studierenden, die sich für Themen wie die Entstehung von Armut, Ungleichheit oder Krisen interessieren, werden in Standardlehrbüchern in der Regel Abweichungen vom „freien Markt“ als wichtigste Erklärungen für all diese Phänomene angeboten.

Der ökonomische Mainstream erzeugt sich eine Gegenwelt, in der er behaupten kann, unabhängig von der Politik zu sein. Rothschild nennt es eines der „Geburtsmale“ neoklassischer Mainstream-Theorie: Den Versuch, es der mechanischen Physik in ihren klaren Ausgangspunkten mit ähnlich klaren kausalen Ketten und Folgen gleichzutun (Rothschild 2005). Ein mechanisches Weltverständnis, in dem sich ÖkonomInnen politischer Verantwortung entziehen können. MigrationsforscherInnen könnten so „Grenzen“ für die Aufnahme von Geflüchteten „ökonomisch“ errechnen und gleichzeitig behaupten, keine Meinung zur aktuellen Flüchtlingsdebatte zu haben.

Hochschulreform – das Ende der „Laissez-Faire“-Universität am Beispiel Österreichs

In den letzten zehn Jahren führte in Österreich der Bologna-Prozess zur schrittweisen Umstellung beinahe aller Diplomstudien auf Bachelor- und Masterstudiengänge. Das Bologna-System hatte das primäre Ziel, einen einheitlichen Bildungsraum zu schaffen, welcher die Mobilität, internationale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigungsfähigkeit von Studierenden innerhalb der mittlerweile 47 Bologna-Mitgliedsstaaten erhöhen sollte (ÖH Bundesvertretung 2013).

Die Meinung verschiedener Interessensgruppen in Österreich über die Umstellung unterscheidet sich, wie üblich, stark voneinander. Diverse Hochschul-Leitungsorgane bewerten die Bologna-Reform im Schnitt durchaus positiv, weil sie unter anderem den Studienabschluss beschleunigen und die Zahl an StudienabbrecherInnen reduzieren soll (Soyka 2011). Dagegen hagelt es vor allem von Studierenden Kritik: durch die Umstellung werden Studiengänge enger strukturiert bzw. verschult, was die selbstständige Studiengestaltung maßgeblich einschränkt. Der Arbeitsaufwand hat seit der Umstellung stark zugenommen (der Lehrstoff des alten vier-jährigen Magisterstudiums wurde fast eins-zu-eins in das neue drei-jährige Bachelorstudium gepresst); Nebenjobs gehen sich aufgrund von neuen Leistungskontrollen und anwesenheitspflichtigen Lehrveranstaltungen nur schwer aus (Soyka 2011, 269).

Je verschulter das Studium wird, desto weniger Freiraum haben die Studierenden, ihre Bildung individuell zu gestalten. Somit verliert Autonomie als Motivations-Kriterium an Bedeutung, die konkreten Lehrinhalte können immer weniger von den Studierenden beeinflusst werden und werden so zunehmend als Zwang empfunden (Wittgenhagen 2013). Dennoch bleibt das wichtigste Motiv, ein Studium aufzunehmen, in Österreich nach wie vor das Interesse am Fach (IHS 2011a).

Was die Unzufriedenheit der Studierenden mit den Bologna-Reformen noch verstärkt, ist, dass das neue System ihre Erwerbstätigkeit deutlich erschwert. 63% der Studierenden an Österreichischen Hochschulen sind erwerbstätig, davon gaben 80% finanzielle Notwendigkeit als Hauptmotiv für ihre Erwerbstätigkeit an (IHS 2011b). Rund die Hälfte beklagte die schwierige Vereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit. (IHS 2011a)

An dieser Stelle stellt sich vielleicht die Frage, warum diese Hochschulreform die Kritik der VWL Studierenden an der Einseitigkeit der Lehre verstärken sollte. Immerhin könnte man meinen, dass die Einführung unterschiedlicher Theorien in den Lehrplänen den jetzt

schon hohen Arbeitsaufwand der Studierenden nur noch mehr erhöhen würde. Für einige Studierende war das sicher ein Grund, der Bewegung fern zu bleiben. Doch für genug andere scheint die Pluralismus-Bewegung ein geeignetes Ventil für ihren Frust gegen die Entwicklungen in ihrem Studium gewesen zu sein.

Die Pluralismus-Bewegung vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise

Die Unfähigkeit des Mainstreams die Krise vorauszusagen wurde von KritikerInnen als „systemisches Versagen der ökonomischen Disziplin“ gedeutet (Colander u.a. 2009, 2). Dieses Versagen wird unter anderem auf theoretische Schwächen der Mainstreammodelle zurückgeführt, wie zum Beispiel die Vernachlässigung wirtschaftlicher Veränderungsprozesse, das Fehlen von heterogenen Entscheidungsregeln und eines sozialen Kontextes. Andererseits aber auch auf die graduelle Ausgrenzung der Krisenursachenforschung aus dem ökonomischen Mainstream. Vorkrisenindikatoren und mögliche Maßnahmen, die zu setzen gewesen wären, um den Krisenausbruch zu verhindern, blieben im Mainstream der letzten dreißig Jahre Großteils unerforscht. Krisenforschung, wie sie etwa Hyman Minsky (1986) und Kindleberger (1989) betrieben haben, wurde vom heutigen Mainstream systematisch vernachlässigt (Colander u.a. 2009).

Dieses systemische Versagen der Ökonomie im Angesicht der Krise holte die bis dahin hauptsächlich intern geführte Pluralismus-Debatte in den öffentlichen Diskurs: Die Tatsache, dass ÖkonomInnen die Krise nicht vorhergesagt hatten, versorgte die Medien lange mit Schlagzeilen – „*The economic forecasters' failing vision*“ (Financial Times, 25. November 2008); „*Ökonomie – Angriff auf den Elfenbeinturm*“ (Die Zeit, 16. Februar 2012); „*An astonishing record – of complete failure*“ (Financial Times, 30. Mai 2014). Viele fragten sich, ob die moderne Mainstream-Ökonomie für den Ausbruch der Krise mitverantwortlich gemacht werden konnte. Immerhin hatte diese maßgeblich zur intellektuellen Rechtfertigung der wirtschaftlichen Transformation Europas und Amerikas der letzten dreißig Jahre beigetragen (Harvey, 2012). Für Schlagzeilen sorgte auch ein Besuch der britischen Königin an der London School of Economics im November 2008. Auf der Suche nach Verantwortlichen fragte sie die versammelten ÖkonomInnen wie es passieren konnte, dass niemand die Krise vorhergesehen hatte. Ökonomen der British Academy reagierten auf diese Frage mit einem Schreiben, in dem sie darauf verwiesen, dass es wohl Warnungen gegeben habe, jedoch niemand die Stärke und den zeitlichen Eintritt der Krise vorhersagen konnte. Sie beteuerten, dass das fragmentierte Wissen innerhalb der Wirtschaftswissenschaften verhinderte, dass Systemrisiken korrekt eingeschätzt werden konnten (Heise 2009).

Die öffentliche Berichterstattung über das Versagen der ökonomischen (Mainstream-) Forschung wurde auch für die studentischen Protestbewegungen in den Jahren seit Ausbruch der Krise zu einer wichtigen Plattform für ihre Kritik. So kursierten zahlreiche Artikel über die studentischen Forderungen – „*Academics back students in protests against economics teaching*“ (the Guardian, 18 November 2013); „*Studenten protestieren gegen ökonomische Lehre*“ (Handelsblatt, 4. Mai 2014); „*The fight to reform Econ 101*“ (Al Jazeera, 16. Juli 2014).¹

Zeitgleich thematisierten auch renommierte ökonomische Institutionen nach Ausbruch der Krise die Schwächen des Mainstreams und forderten Reformen. In einem Bericht aus dem Jahr 2014 kritisierte zum Beispiel die OECD, dass ÖkonomInnen den wachsenden strukturellen und finanziellen Spannungen nicht genug Aufmerksamkeit geschenkt hat-

ten. Sie bemängelten außerdem, dass Gruppendenken – die Anpassung individueller Meinungen an die erwartete Gruppenmeinung – in der VWL dazu geführt hatte, dass vom Mainstream abweichende Ansichten aus dem Diskurs ausgeschlossen wurden (OECD 2014: 3). Das öffentliche und institutionelle Interesse am Thema erhöhte den Druck VWL-Instituten gegenüber, auf die Kritik der Studierenden einzugehen. Diese gestiegene mediale Präsenz des Themas sorgte unserer Deutung nach gemeinsam mit einer breiteren Akzeptanz für solche Kritik dafür, dass sich auch bis dato unbeteiligte Studierende den Protesten anschlossen.

Studium = Arbeitsplatzgarantie?

Ein weiterer möglicher Grund dafür, dass sich Studierende vermehrt an der Pluralismus-Bewegung beteiligten, ist die veränderte Lage der von HochschulabsolventInnen am Arbeitsmarkt: Einige Studierende glauben, dass ihnen ein abgeschlossenes Studium nicht mehr die gleichen Berufschancen bietet wie früheren Generationen, insbesondere seit der Umstellung auf das Bachelor- und Mastersystem. Einerseits aufgrund der verkürzten Studiendauer in jenen Fällen, in denen Studierende an ihr Bachelor- kein Masterstudium anhängen, andererseits wegen der Zunahme des Wettbewerbs in der hochqualifizierten Berufswelt (IHS 2011: 374). 72% der österreichischen Master-Studierenden sind der Meinung, dass der Bachelor-Abschluss kein ausreichender Studienabschluss ist (Pechar/Wroblewski 2011: 10).

Ob diese Sorgen gerechtfertigt sind lässt sich nur schwer sagen. Denn allgemein gilt nach wie vor, dass AkademikerInnen durch ihr Qualifikationsniveau eine privilegierte Stellung am Arbeitsmarkt haben. Das ist auch an der AkademikerInnen-Arbeitslosenquote festzustellen. Diese liegt in Österreich mit 2,9% (2014) unter der aller anderen Bildungsgruppen (AMS, 2014a).² Andererseits zeigen neuere Arbeitslosenzahlen des AMS, dass seit 2002, zumindest phasenweise, eine negative Trendwende festzustellen ist. Die Zahl der arbeitslosen AkademikerInnen ist im März 2014 gegenüber dem Vorjahr um 17,3% gestiegen (AMS 2014b).

Hinzu kommt, dass besonders jüngere AkademikerInnen vermehrt Tätigkeiten nachzugehen, für die sie Schätzungen zufolge überqualifiziert sind. Obwohl dieses Phänomen der „Dequalifizierung“ nur schwer an Zahlen festgemacht werden kann, wird vermutet, dass das Problem zugenommen hat (Fleck 2015).

Gleichzeitig wird ein Zuwachs der StudienanfängerInnenquote beobachtet. In Deutschland erreichte diese 2012 mit 53% ihren bisherigen Höchstwert. Auch in Österreich lag die StudienanfängerInnenquote 2012 bei 53%. Obwohl Österreich ihren Höchstwert 2010 (63%) erzielte, erkennt man auch hier langfristig eine steigende Tendenz. (BMFWF 2014: 117). Diese steigende Tendenz kann als Ausdruck verschiedener Phänomene gewertet werden, eine besonders wichtige Rolle spielt aber mit Sicherheit die wachsende Unsicherheit und Zukunftsangst von SchulabsolventInnen. Ein Hochschulabschluss gilt für viele nach wie vor als besondere Absicherung vor Arbeitslosigkeit (IHS 2011b).

Obwohl die Auswirkungen der Wirtschaftskrise im deutschsprachigem Raum nicht so stark ausgefallen sind wie in den „Krisenländern“ Spanien, Griechenland, Portugal usw., beeinflusst die Krise (angehende) Studierende zumindest im Kopf. Angst vor der Arbeitslosigkeit erhöht den Druck gute Noten zu erzielen und das Studium in Mindeststudiendauer abzuschließen. Viel Zeit für politisches Engagement und kritisches reflektieren der Lehrinhalte bleibt da nicht. Es stellt sich hier also wieder die Frage, warum sich Stu-

dierende, trotz ihrer wachsenden Zukunftsängste und dem hohem Leistungsdruck, für die Einführung von Pluralismus in den Lehrplänen einsetzen. Zumindest was eine Motivation für dieses Engagement von Seiten des Arbeitsmarktes angeht, liegt die Vermutung nahe, dass die an Studierende kommunizierten Erwartungen potentieller ArbeitgeberInnen an zukünftige MitarbeiterInnen hier eine Rolle spielen.

Was sagen die ArbeitgeberInnen?

Im Februar 2012 tagte an der *Bank of England* eine Konferenz mit dem Titel „Teaching Economics After the Crisis“. Auch ArbeitgeberInnen wurden eingeladen, an der Diskussion teilzuhaben. AbsolventInnen, so hieß es, könnten ihr Fachwissen nicht auf verschiedene Forschungsbereiche übertragen (Coyle 2012). Außerdem bemängelten die anwesenden ArbeitgeberInnen das Fehlen wirtschaftsgeschichtlicher Kenntnisse, die in der angewandten Wirtschaftsforschung von großer Bedeutung seien.

Auch österreichische Wirtschaftsforschungsinstitute beteuerten, dass den StudienabsolventInnen die analytische, kritische Denkart fehle, die für die Wirtschaftsforschung wichtig wäre. In einer Veranstaltung der *Gesellschaft für Plurale Ökonomik Wien* und des *Roten Börsenkrachs* (Basisgruppe und Studienvertretung VWL an der Universität Wien) im Oktober 2014 bemängelte unter anderem Peter Mooslechner, Direktor der Österreichischen Nationalbank, die mangelnde Praxistauglichkeit der JungökonomInnen: „[S]ie kennen zu einem Thema nur ein Modell und die relevanten Fragestellungen der Zeit nicht“ (Sator 2014). Die methodischen Kompetenzen seien zwar von Bedeutung, aber noch längst nicht ausreichend. Man bräuche außerdem ein kritisches Auge, ein Grundverständnis für Wirtschaftspolitik und ihre Institutionen, und müsse verstehen, wann ein Modell eingesetzt werden kann und wann ein anderes besser geeignet wäre (ebd.).

Denn, wie bereits die Ökonomen Hal Varian und Alan Gibbard gesagt haben: Ein ökonomisches Modell erzählt immer eine Geschichte (Varian und Gibbard 1978). Die Schwierigkeit der Modellwahl liegt darin, dass jedes Modell bloß für ganz spezifische Situationen brauchbare Aussagen treffen kann. Man benötigt also ein gewisses Urteilsvermögen um das jeweils am besten geeignete Modell heran ziehen zu können – und genau an dieser Stelle scheitern viele ÖkonomInnen, in dem sie sich auf die Suche nach Universalmodellen begeben (Rodrik, 2015).

Die Feststellung, dass der Arbeitsaufwand des VWL Studiums vielleicht doch nicht die Qualifikationen liefert, die von ArbeitgeberInnen erwünscht wären, brachte womöglich bei vielen Studierenden – eben auch solchen, die sich bis dahin nicht außeruniversitär engagiert hatten – das Fass zum Überlaufen. Trotzdem reichten die Unzufriedenheit mit der Lehre, schlechtere Wirtschafts- und Arbeitsmarktperspektiven, unerfüllte Erwartungen und der enorme, unreflektierte Leistungsdruck 2009 immer noch nicht aus, um innerhalb der VWL-Institute einen breiten Studierendenprotest auszulösen. Sie waren aber Grund genug, verschiedene, auch kleinere, Initiativen und Organisationen ins Leben zu rufen: An der Universität Wien und der Wirtschaftsuniversität Wien entstand zum Beispiel aus der *Uni brennt* Bewegung 2009 die Selbstorganisierte Lehrveranstaltung (SOLV), bei der Studierende die Inhalte selbst gestalteten, oft zu Gunsten von vernachlässigten Themen und Perspektiven der Ökonomie. Eingeladen wurden ReferentInnen, die sonst selten Platz in der universitären Debatte hatten; ähnliche Entwicklungen gab es auch an anderen Universitäten im deutschsprachigen Raum.

Die Pluralismus-Bewegung seit 2000: Eine Nacherzählung

Wir sind schon zu Beginn darauf eingegangen, dass die Forderung nach Pluralismus in der Ökonomie keine neue ist. Was diese von vergangenen Bewegungen unterscheidet, ist sowohl die mediale Aufmerksamkeit als auch wie sehr Studierende Teil des Protests sind. Wir beginnen im Jahr 2000, weil es die Gründung der *Postautistischen Ökonomie* in Paris in diesem Jahr war, die eine Art Kettenreaktion losgetreten hat (Dürmeier 2005):

Motiviert durch ihre Unzufriedenheit mit der Lehre gründeten Studierende im Jahr 2000 in Paris die *Postautistische Ökonomie*-Bewegung. Sie verbreiteten eine Petition für die Reform des VWL Curriculums, in der vor allem die Forderung nach theoretischer Vielfalt und kritischer Reflexion herausragte. Die mediale Aufmerksamkeit für diese Forderungen war so groß, dass letztlich sogar das französische Bildungsministerium dazu eine Kommission einrichtete, welche den Anschuldigungen der Studierenden nachgehen sollte. Die Initiative gründete noch im selben Jahr eine wissenschaftliche Fachzeitschrift, die Beiträge verschiedener ökonomischer Schulen publiziert. Mittlerweile hat die Zeitschrift über 25.000 AbonnentInnen und zählt renommierte ÖkonomInnen wie Joseph Stiglitz und Julie Nelson zu ihren AutorInnen (Post-Autistic-Economics o. J.).

2001 veröffentlichten 27 Doktoratsstudierende der University of Cambridge, motiviert durch die Initiative in Paris, eine eigene Petition mit dem Titel *Opening up Economics*. Auch hier wurde vor allem der Wunsch zum Ausdruck gebracht, die Pluralismusdebatte wieder breitflächig, vor allem aber innerhalb des Mainstreams zu führen (Post-Autistic-Economics 2001a).

Im gleichen Jahr wurde das *Kansas City Proposal* veröffentlicht – ein internationaler Aufruf an alle VWL Institute, verfasst von den TeilnehmerInnen der Second Biennial Summer School of the Association for Evolutionary Economics (AFEE). Der Aufruf solidarisierte sich mit den Forderungen aus Cambridge und Paris und kritisierte vor allem die Ahistorizität der Mainstreamlehre und ihre Unfähigkeit komplexe wirtschaftliche Phänomene zu erklären (Post-Autistic-Economics 2001b).

Auch an der University of Harvard wurden 2003 kritische Stimmen laut. Mitglieder der studentischen Initiative *SHARE* (Students for a Humane and Responsible Economics) forderten einen neuen Einführungskurs. Der vorhandene Kurs, geleitet von Martin Feldstein (ehem. Berater von Ronald Reagan), verbreite eine rechte Wirtschaftsideologie, beteuerten die Studierenden. Binnen Wochen hatte *SHARE* über 700 Unterschriften gesammelt und von der Institutsleitung die Genehmigung erhalten einen alternativen Einführungskurs zu organisieren. Dieser ersetzte nicht den alten Kurs, durfte jedoch von Studierenden ergänzend besucht werden (Dimaggio 2003).

In Deutschland bildete sich 2003 der Arbeitskreis *Postautistische Ökonomie* (später *Netzwerk Plurale Ökonomik*), der sich ursprünglich als Zweig der Pariser Initiative verstand. Auch hier widersetzten sich Studierende und Lehrende der theoretischen Monokultur der neoklassischen Theorie und kritisierten den hohen Konformitätsdruck, dem ÖkonomInnen ausgesetzt seien. Der Arbeitskreis versuchte mittels autonomer Bildungsveranstaltungen und Seminaren auf alternative Denkschulen aufmerksam zu machen. Es waren allerdings erst die Krisenjahre nach 2008, die dieser Initiative breites, öffentliches Interesse verschafften (Förstner 2012).

In Wien führten universitäre Entwicklungen beinahe zeitgleich zu einer Zuspitzung studentischer Kritik. An der Wiener Wirtschaftsuniversität wurden im Laufe von curricularen Veränderungen und der Umstellung aufs neue Bologna-System heterodoxe Fächer

aus den Studienplänen gestrichen. Im Zuge der Umstellung wurden auch Stellen von heterodoxen ÖkonomInnen am VWL-Department gekürzt. Versuche der Studienvertretung VWL diese Streichungen zu verhindern scheiterten. Auch hier wirkte der Ausbruch der Wirtschaftskrise als Katalysator der Debatte.

An der Universität Wien rief der *Rote Börsenkrach* (älteste Basisgruppe der Universität Wien und gewählte Studienvertretung VWL) zur studentischen Vollversammlung auf. Studierende kritisierten die Einseitigkeit und Realitätsferne der Lehre und forderten eine Thematisierung der anhaltenden Wirtschaftskrise. Der Senat der Universität und die Institutsleitung suchten daraufhin das Gespräch und genehmigten die Einrichtung einer selbstorganisierten Lehrveranstaltung der Studierenden. Diese wurde anfangs gemeinsam mit Studierenden der Wirtschaftsuniversität organisiert und behandelte Themen und Perspektiven, die im ordentlichen Studienplan keinen Raum fanden. Der Titel der ersten, auch in Form von ECTS-Credits anrechenbaren, SOLV lautete „Paradigmen und Utopien in der Ökonomie“.

In den Vereinigten Staaten gründete Robert Johnson (ehemaliger Managing Director des Hedge-Fonds *Soros Fund Mangement*) 2009 nach einem Treffen von 25 ÖkonomInnen, JournalistInnen und FinanzinvestorInnen die Denkfabrik *INET* (Institute for New Economic Thinking). Diese sollte nach Beginn der Finanzkrise neue Denkansätze für die Volkswirtschaft entwickeln und hierbei eng mit Universitäten kooperieren. Mitbegründer waren unter anderem Nobelpreisträger und renommierte Ökonomen wie George Akerlof, Joseph Stiglitz, Markus Brunnermeier, Thomas Ferguson und Axel Leijonhufvud. Die erste große INET Konferenz fand im April 2010 mit dem Titel „The Economic Crisis and the Crisis in Economics“ statt. Die Unfähigkeit des ökonomischen Mainstreams den Ausbruch der Wirtschaftskrise vorherzusehen, rückte somit auch in den Vereinigten Staaten zunehmend in den Vordergrund der Kritik. Im November 2011 machten 70 Studierende des VWL Einführungskurses an der University of Harvard Schlagzeilen, als sie demonstrativ den Hörsaal verließen. Die Studierenden beschwerten sich, wie bereits im Jahr 2003, über den konservativen Bias in der Lehre und dessen Auswirkungen auf die Wirtschaftspolitik in den Vereinigten Staaten (Delreal 2011). Der Vorfall wurde als „Mankiw Walkout“ bekannt. Die involvierten Studierenden solidarisierten sich mit dem stattfindenden *Occupy Wallstreet* Protest. Während der Vorfall von Mankiw selbst verharmlost und die Kritik der Studierenden von ihm als inhaltsleere Plattitüde dargestellt wurde (Mankiw 2011), setzte der Protest ein für die Pluralismus-Debatte wichtiges Signal. Denn hier widersetzten sich Studierende einer Eliteuniversität und Hochburg des Mainstreams der vorherrschenden Lehre und bekräftigten somit die zahlreichen Proteste und Forderungen kleinerer Institutionen.

Ähnliche mediale Aufmerksamkeit erlangte 2013 *PCES* (Post Crash Economics Society), eine Gruppe Studierender der University of Manchester. Die Gründung der Gesellschaft wurde durch die 2011 stattgefundene *Bank of England* Konferenz „Are Economics Graduates Fit for Purpose?“ motiviert. Die Krise sei ein intellektuelles Versagen, hieß es bei der Eröffnung der Konferenz, und obwohl in gewissen Forschungsbereichen durchaus Fortschritte erkennbar wären, seien die Schwächen des ökonomischen Standardparadigmas nicht thematisiert worden. Bescheidenheit und Eklektizismus in der ökonomischen Forschung ragten als zentrale Forderungen der Konferenz-TeilnehmerInnen heraus. Uneinig waren sie sich allerdings bei der Ausgestaltung konkreter Reformvorschläge für VWL Studienpläne. Vor allem akademische ForscherInnen betonten die Schwierigkeit einer Studienplanreform – welche Kurse sollen gestrichen werden um anderen Platz zu

bieten? Wer soll die bisweilen nicht vorhandenen Kurse unterrichten, wenn diese inhaltlich nicht vom vorhandenen Lehrpersonal angeboten werden können (Coyle 2012)?

PCES beschloss, die Konferenzdebatte in Manchester weiterzuführen und machte mit der Veröffentlichung eines Manifests international Schlagzeilen. Dieses beinhaltete konkrete Reformvorschläge für ihren Studienplan und betonte die Unzufriedenheit VWL Studierender an verschiedenen britischen Universitäten. Die Aktion schaffte es als eine der ersten ihrer Art, eine gewisse mediale Öffentlichkeit von der Relevanz der ökonomischen Lehre für die breite Gesellschaft zu erzeugen (Day 2016).

Im Laufe dieser medialen Berichterstattung vernetzten sich verschiedene universitäre Gruppierungen und veröffentlichten im Frühling 2014 unter dem Namen *International Student Initiative for Pluralism in Economics* ein Manifest (ISIPE 2014). Unter den 230 Erst-UnterzeichnerInnen finden sich namhafte AkademikerInnen und Hochschullehrende. Auch Thomas Piketty, Autor des 2013 herausgebrachten und in den Medien und der ökonomischen Disziplin stark rezipierten, Mainstream-kritischen Buches *“Capital in the Twenty-First Century”*, solidarisierte sich mit der Initiative. Er bemängelte die Nichtbehandlung realer ökonomischer Probleme in der Lehre. Seine Unterstützung verlieh der Initiative zusätzliches Gehör. Das Manifest stieß weltweit auf eine bemerkenswert große Resonanz in der Presse und verschaffte den unterzeichnenden studentischen Initiativen einen Verhandlungsspielraum an ihren Universitäten.³

Unter anderem suchte das Rektorat der Universität Wien in der Folge das Gespräch zum *Roten Börsenkrach* und unterstützte die Einführung eines Erweiterungscurriculums (EC) zum Thema „Wirtschaft, Gesellschaft, Staat“. Ziel des ECs soll es sein, Studierenden grundlegende Einsichten in wirtschaftliche Prozesse und deren Einbettung in gesellschaftliche und politische Kontexte zu vermitteln, hieß es in der Aussendung des Senats.⁴ Dieses EC ist zwar nicht für VWL- sondern für Studierende anderer Studiengänge konzipiert, ist aber dennoch begrüßenswert. Die im EC enthaltenen Kurse stammen oft nicht aus VWL Instituten und waren deswegen bis jetzt weniger bekannt unter VWL-Studierenden. Somit führte die Einführung des ECs in erster Linie dazu, dass für VWL-Studierende sehr relevante Wahlfächer sichtbar wurden. Am regulären VWL-Studienplan änderte sich jedoch kaum etwas. Einzig ein Wahlfach zu feministischer Ökonomie wurde durchgesetzt, in Wien ist also noch viel zu tun.

Conclusio

Um diese kleine Nacherzählung zusammenzufassen: Im Gegensatz zu den früheren „Wellen des Pluralismus“ in der Ökonomie waren diesmal sowohl Studierende als auch Massenmedien, und somit eine breitere Öffentlichkeit, maßgeblich an der Diskussion beteiligt. Die Bereitschaft der Studierenden, sich trotz aller widerer Umstände zu beteiligen, führen wir auf mehrere, zusammenlaufende Faktoren zurück: Die Wirtschaftskrise mit all ihren Auswirkungen auch auf Studierende, Institutionelle Veränderungen im Universitätssystem, die Beteiligung renommierter ÖkonomInnen und Institutionen an der Kritik der Mainstream-Ökonomie und die internationale Vernetzung samt dem entfachten öffentlichen Interesse. Gerade diese mediale und öffentliche Aufmerksamkeit für die Anliegen einer Pluralen Ökonomie drängte VWL Institute und Universitätsleitungen dazu, diese zumindest teilweise umzusetzen.

Gewisse Reformen konnten seit 2013 auch tatsächlich realisiert werden: Das VWL Institut des University College London führte ein neues Curriculum ein, das die Stu-

dierenden dazu anhält, gelehrte abstrakte Konzepte in einen realen Kontext zu setzen (Jones 2013). An der Londoner Universität Goldsmiths wird im August 2016 ein neuer VWL Bachelorstudiengang eingeführt, der verschiedene ökonomischen Denkschulen berücksichtigt (Repapis/Yang 2015). An der Universität Wien wurde ein neues Erweiterungscurriculum eingeführt, das Studierenden eine grundlegende Einsicht in wirtschaftliche Prozesse und deren Einbettung in gesellschaftliche und politische Kontexte vermitteln soll. An der University of Cambridge wurde ein neuer Einführungskurs mit dem Titel „Economics as a Political Subject“ eingeführt, der von Pluralismusbefürworter Ha-Joon Chang geleitet wird. An verschiedenen Universitäten wurden selbstorganisierte Lehrveranstaltungen eingeführt, für deren Besuch Studierende ECTS-Punkte erhalten⁵, usw. Diese Liste der Erfolge kann in Zukunft hoffentlich erweitert werden. Vorschläge, wie dieses Momentum jetzt ausgenutzt werden kann, finden sich in vielen Beiträgen in diesem *Kurswechsel*.

Literatur

- AMS (2014a): Arbeitsmarkt und Bildung. Jahresbericht. URL: www.ams.at/_docs/001_am_bildungJahr2014.pdf (Zugriff 27.01.2016).
- AMS (2014b): Die Arbeitsmarktlage Ende Dezember 2014. Monatsbericht. URL: www.ams.at/_docs/001_monatsbericht.pdf (Zugriff 27.01.2016).
- Bernstein, M.A. (1999): Economic Knowledge, Professional Authority, and the State: The Case of American Economics during and after World War II; in R.F. Garnett, Jr. (Ed.): What do Economists Know? *New Economics of Knowledge*. 103–123. London, Routledge.
- BMWFV (2014): Statistisches Taschenbuch 2014. Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, Wien.
- Brugger, P. Threin, M. Wolters, M. (2013): *Hochschulen auf einen Blick: Ausgabe 2013*. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.
- Bundesvertretung der Österreichischen HochschulInnenenschaft (2013): *Forum Hochschule: Ergebnisse, Forderungen & Perspektiven*. 2. Auflage.
- Colander, D., Föllmer H., Haas A., Goldberg M., Juselius K., Kirman A., Lux T., Sloth B. (2009): The financial crisis and the systemic failure of the economics profession. *Critical Review* 21(2–3), 249–267.
- Coyle, D. (2012): Are economics graduates fit for purpose? *VOXEU*, 22.2.2012. URL: www.voxeu.org/article/are-economics-graduates-fit-purpose (Zugriff 27.01.2016).
- Day, P. (2016): Are Economics Degrees Fit for Purpose? *BBC*, 05.02.2016. URL: www.bbc.com/news/business-35462879 (Zugriff: 11.02.2016).
- Delreal, J.A. (2011): Students Walk Out of Ec 10 in Solidarity with ‘Occupy’. *The Harvard Crimson*, 2.11.2011, Massachusetts. URL: www.thecrimson.com/article/2011/11/2/mankiw-walkout-economics-10/ (Zugriff 27.1.2016).
- Dimaggio, D. (2003): Harvard Students Demand Alternative Economics. In *Dollars & Sense: Real World Economics* 07/08 2003.
- Dürmeier, T. (2005): Post-Autistic Economics. Eine studentische Intervention für plurale Ökonomik. *European Journal of Economics and Economic Policies: Intervention* 2(2), 65–76.
- Fleck, P. (2015): Besser ein schlechter Job als keiner? URL: www.orf.at/stories/2287293/2269511/ (Zugriff 27.1.2016).
- Förstner, A. (2012): Ökonomie für Traumtänzer. *Jungle World* Nr.6, 9.2.2012. URL: jungle-world.com/artikel/2012/06/44833.html (Zugriff 27.1.2016).
- Fullbrook, E. (2009): The meltdown and economics textbooks. *The Handbook of Pluralist Economics Education*, 9, 17.

- Garnett, R., Olsen, E.K., Starr, M. (2010): *Economic Pluralism*. London, Routledge.
- Gibbard, A., & Varian, H. R. (1978): *Economic Models*. *Journal of Philosophy* 75(11), 664–677.
- Gloetzel, F., und Aigner, E. (2015): *Pluralism in the Market of Science? A citation network analysis of economic research at universities in Vienna*. *EcolEcon Working Paper Series* 5/2015.
- Harvey, J. T. (2012): *How Economists Contributed to the Financial Crisis*. *Forbes*, 2.6.2012. URL: <http://www.forbes.com/sites/johntharvey/2012/02/06/economics-crisis/print/> (Zugriff 27.1.2016).
- Heise, A. (2009): *Toxische Wissenschaft?—Zur Verantwortung der Ökonomen für die gegenwärtige Krise*. *Wirtschaftsdienst* 89(12), 842–848.
- Hodgson, G. M., Mäki, U., & McCloskey, D. N. (1992): *Plea for a pluralistic and rigorous economics*. *American Economic Review* 82(2), 25.
- IHS (2011a): *Studierenden-Sozialerhebung 2011: Bericht zur sozialen Lage der Studierenden*. Band 2. Wien.
- IHS (2011b): *Überblick über Band 1 und 2 sowie die Zusatzberichte der Studierenden-Sozialerhebung*. Wien.
- Jones, C. (2013): *'Dismal science' seeks fresh thinking after failure in crisis*. *The Financial Times*, 11.11.2013. URL: www.ft.com/intl/cms/s/2/f015a3ac-4aed-11e3-ac3d-00144feabdc0.html#axzz3yYgCtbEr (Zugriff 27.1.2016).
- ISIPE (2014): *An International Student Call for Pluralism in Economics*. URL: www.isipe.net/open-letter/. (Zugriff 11.02.2016).
- Kindleberger, C.P., (1989): *Manias, Panics, and Crashes: A History of Financial Crises*. MacMillan: London.
- Lee, F. (2009): *A History of Heterodox Economics: Challenging the mainstream in the twentieth century*. Routledge.
- Mankiw, N.G (2011): *Know What You're Protesting*. *The New York Times*, 3.12.2011. URL: www.nytimes.com/2011/12/04/business/know-what-youre-protesting-economic-view.html? (Zugriff 28.1.2016).
- Minsky, H.P., (1986): *Stabilizing an Unstable Economy*. Yale University Press: New Haven.
- Morgan, M. S., und Rutherford, M. (Eds.) (1998): *From interwar pluralism to postwar neoclassicism* (Vol. 30). Durham, NC: Duke University Press.
- Post-Autistic-Economics (o. J.): *A Brief History Of The Post-Autistic Economics Movement*. URL: www.paecon.net/HistoryPAE.htm (Zugriff 27 Jan. 2016).
- Post-Autistic-Economics (2001a): *Opening Up Economics: A Proposal By Cambridge Students*. URL: <http://www.paecon.net/petitions/Camproposal.htm> (Zugriff 12.02.2016).
- Post-Autistic-Economics (2001b): *The Kansas City Proposal*. *Post-Autistic Economics Newsletter*, Ausgabe 8, September 2001. URL: www.paecon.net/PAEtexts/KansasCity.htm (Zugriff 11.02.2016).
- Pechar, H., Wroblewski, A. (2012): *Die Auswirkungen von Bologna auf die Lage der Studierenden in Österreich*. *Zeitschrift für Hochschulentwicklung* 6/2.
- Repapis, C., Yang, Y. (2015): *Economics: A New Curriculum at Goldsmiths*. *Rethinking Economics Newsletter*. URL: <http://www.rethinkeconomics.org/news/2015/10/pluralism-real-world-economics-a-new-curriculum-at-goldsmiths/> (Zugriff 11.02.2016).
- Rothschild, Kurt W. (2005): *Truth, Uncertainty, Morals: The Uneasy Relationship between Economic Advice and Politicians*.
- Rothschild, K. W. (2007): *Einige Bemerkungen zum Thema Mainstream und Heterodoxie*. *WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT* Wien, 33(4), 581.
- Sator, A. (2014): *Was Ökonomen aus der Krise gelernt haben*. *Der Standard*, 31.10.2014. URL: www.derstandard.at/2000007577933/Was-Oekonomen-aus-der-Krise-gelernt-haben (Zugriff 27.1.2016).
- Sent, E. M. (2006): *Pluralisms in economics*. *Scientific Pluralism* (19): S. 80–101.

- Soyka, J. (2011): Der Bologna-Prozess. In: Bundesvertretung der Österreichischen HochschülerInnenschaft (Hg.in). Wessen Bildung? Beiträge und Positionen zur bildungspolitischen Debatte. Mandelbaum Verlag, Wien.
- Wittgenhagen, J. (2013): Motivationstrainer auf dem Campus. Frankfurter Allgemeine – Beruf & Chance. URL: www.faz.net/aktuell/beruf-chance/campus/gegen-durststrecken-im-studium-motivationstrainer-auf-dem-campus-12719533.html (Zugriff 04.1.2016).

Anmerkungen

- 1 Eine ausführlichere Zusammenfassung der medialen Berichterstattung ist hier zu finden: www.univie.ac.at/strv-vwl/pluralismus/pluralismus-in-den-medien
- 2 Zum Vergleich: die Arbeitslosenquote von Personen mit maximal Pflichtschulabschluss betrug 2014 24,3% (AMS, 2014a: Tabelle 1).
- 3 Ausführlicher Pressespiegel: www.isipe.net/press.
- 4 https://senat.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/senat/Curricula_Entw_rfe/2014_15/10.03_Wirtschaft-Gesellschaft-Staat_f1_Lesung.pdf.
- 5 Ein Überblick der Pluralismusreformen seit 2013: www.isipe.net/one-year-later/.



Mitglied sein bringt's!

- Wir verhandeln **175 Kollektivverträge** pro Jahr.
- **1,3 Mio. Beschäftigte profitieren** von sicheren Gehältern, Urlaubs- und Weihnachtsgeld.
- **100 Mio. Euro erkämpfen** wir an Rechtsschutzleistungen für unsere Mitglieder.
- Wir bieten **Rechtsschutz und Rechtsberatung** in allen arbeitsrechtlichen Angelegenheiten.

www.gpa-djp.at/mitgliedwerden



Für alle, die mehr wollen!